

Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 23. Februar 2015

Fall Mörgeli: (Keine) Ermächtigung zur Einleitung einer Strafuntersuchung

Die morgendliche Sitzung stand primär im Zeichen der Affäre Mörgeli. Unter aufmerksamer Beobachtung der Medien kämpfte die SVP für die Aufhebung der Immunität von Regierungsrätin Regine Aeppli, weil sie vom damaligen Rektor Fischer die Kündigung von Professor Christoph Mörgeli verlangt und damit ihre Kompetenzen überschritten habe. Die Aufhebung der Immunität ist Voraussetzung für die strafrechtliche Verfolgung, weshalb die Oberstaatsanwaltschaft eine entsprechende Ermächtigung beantragte. Die SVP stand mit ihrem Kampf allein auf weiter Flur: Alle anderen Fraktionen haben sich gegen die Aufhebung der Immunität ausgesprochen.

Pierre Rappazzo hat in seinem Votum darauf hingewiesen, dass wir es hier wohl weniger mit einer strafrechtlich relevanten Sache zu tun haben, sondern eher mit einer politisch motivierten Posse der Pol-Parteien. Die Grünliberalen sehen die Voraussetzung als nicht gegeben, die Immunität von Frau Aeppli aufzuheben, weil gemäss Untersuchung der Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit (ABG) nicht genügend Anhaltspunkte für ein strafrechtlich relevantes Verhalten der Bildungsdirektorin vorliegen. Das Gesuch der Staatsanwaltschaft haben wir als unbegründet beurteilt, es fehlte schlicht genug "Fleisch am Knochen", aber nicht als offensichtlich unbegründet - deshalb entschied der Kantonsrat.

Doch auch wenn Frau Aeppli eine Kompetenzüberschreitung begangen haben sollte, stellt sich neben der juristischen Frage die staatspolitische: Sollen Regierungsräte nur noch im Beisein eines juristischen Beraters Aussagen machen dürfen? Mit der Ablehnung des Antrages der Staatsanwaltschaft hat die glp, wie auch die Geschäftsleitung des Kantonsrates, diese Frage klar beantwortet.

Aufnahmeprüfung an Mittelschulen

Die Kommission für Bildung und Kultur beantragt, nicht nur die Aufnahmeprüfung über die Aufnahme ins Kurzgymnasium entscheiden zu lassen, wie das der Bildungsrat kürzlich beschlossen hat, sondern auch die Vorleistungen aus der Sekundarschule zu berücksichtigen. Der Kantonsrat korrigiert den Fehlentscheid des Bildungsrates mit Unterstützung der glp.

Die weiteren Themen

- Die SP will mehr Freiheit beim Aufhängen von Wahl- und Abstimmungsplakaten. Die glp unterstützt das Anliegen.
- Die glp unterstützt eine PI vorläufig, welche die Anforderungen für private Sicherheitsdienstleistungen präzisiert.
- Mehr Freiraum für eine wirtschaftliche und bedarfsgerechte ambulante Pflegeversorgung: Nicht-pflegerische Leistungen der Spitex sollen nicht mehr zwingend zu 50% subventioniert werden müssen. Die Grünliberalen haben diesen Vorstoss mitunterzeichnet, da es eine klare Trennung zwischen Sozialem (nicht-pflegerische Leistungen) und Gesundheitlichem (pflegerische Leistungen) braucht. Für beide Kategorien gibt es gut ausgebaute Unterstützungsleistungen im Bedarfsfall. Am Grundsatz 'Ambulant vor Stationär' ändert sich nichts.
- Die SVP fordert mehr Gemeindeautonomie in sonderpädagogischen Fragen, was die glp und der Rat ablehnen, da die Gemeinden heute schon ausreichenden Spielraum haben.
- Für die Stiftung ResOrtho (medizinische Forschung zu Knochenerkrankungen) wurde ein Beitrag von CHF 9 Mio. aus dem Lotteriefonds bewilligt.
- Die Grünliberalen unterstützen zusammen mit der Ratsmehrheit das Kulturama mit einem Beitrag von CHF 400'000.
- Ein Postulat der BDP fordert eine kommunale Finanzierung von Mehrjahrgangsklassen mit zusätzlichen Mitteln. Reichere Gemeinden könnten sich so ein teureres Bildungswesen leisten, was zu einer Unterhöhung der Chancengleichheit führen würde. Grünliberale wie auch eine Mehrheit des Rates lehnen es deshalb ab.